

Genozid am sowjetischen Volk: Botschafter Netschajew fordert von Bundesregierung die Anerkennung

20 Apr. 2026 21:01 Uhr

Am 19. April beging Russland zum ersten Mal den Tag des Genozids am sowjetischen Volk. In Deutschland haben rund 700.000 ermordete Sowjetbürger ihre letzte Ruhestätte gefunden. Auf einer Gedenkveranstaltung bei Berlin appellierte der russische Botschafter an die Bundesregierung.

Von Wladislaw Sankin

Der russische Botschafter stand vor dem Obelisken und redete zu den Versammelten. Gekommen waren viele – außer einer großen Botschaftsdelegation mit einer Schülergruppe auch mehrere Dutzend Deutsche, denen das Gedenken an die während der Nazi-Zeit ermordeten sowjetischen Bürger etwas bedeutet.

Der Botschafter Netschajew redete leise, kein Mikrofon war zur Hand; es war eine spontane Rede, vor deren Beginn das berühmte "Der Weckruf von Buchenwald" abgespielt und das Gedicht "Barbarentum" von Mussa Dschalil, dem im NS-Strafgefängnis Berlin-Plötzensee ermordeten sowjetischen Dichter, zum ersten Mal auf Deutsch rezitiert wurde.

Es sei schwer möglich, das Gedicht von Dschalil ohne Tränen zu hören, so der Redner. Im 1943 geschriebenen Gedicht beschreibt der Dichter die Gefühle eines kleinen Jungen, der sich wenige Sekunden vor seiner Erschießung an seine Mama klammert. Der Botschafter nannte die Zahl: mehr als 16 Millionen. So viele sowjetische Bürger sind während des Großen Vaterländischen Krieges durch "nichtkriegerische Handlungen" ums Leben gekommen. Nicht auf dem Schlachtfeld, sondern durch das systematische Töten in der Besatzungszone, Hunger, Krankheit und Kälte.

Das entspricht mehr als der Hälfte aller Opfer, nämlich 27 Millionen während des Großen Vaterländischen Krieges. "Viele von ihnen wurden auf barbarische Weise in Konzentrationslagern ermordet oder gewaltsam verschleppt oder fielen pseudomedizinischen Experimenten zum Opfer", berichtet der Botschafter. Es ist Sonntag, und am 19. April dieses Jahres begeht Russland zum ersten Mal den Gedenktag für die Opfer des Völkermords am sowjetischen Volk während des Großen Vaterländischen Krieges.

Das Datum wurde vom Präsidenten der Russischen Föderation festgelegt und durch entsprechende Gesetze der Russischen Föderation bestimmt. 85 Jahre nach dem Beginn des Vernichtungskrieges ... Aber die Wunden sind nicht geheilt. Zu groß und mächtig war der damalige Schlag für Demografie, Wirtschaftskraft und Kultur des Landes. Das weiß man im Nachhinein. Auch aus einem anderen Grund ist jetzt dafür der richtige Zeitpunkt.

Der Vernichtungswille ist wieder da. Dieser ist in täglicher Propaganda mit Händen zu greifen. Der Wunsch, Russland zu zerschlagen, ist keine Rhetorik mehr. Mit den Händen der Ukrainer, der Waffenbrüder gegen die Nazis von damals, mit heutigen deutschen Waffen, unter anderem deutschen.

Aber auch mit US-amerikanischen, französischen, britischen, schwedischen ... Es ist ein Mammutprojekt des ganzen "vereinigten Westens", mit Deutschland an der Spitze.

"Russland ist unser ewiger Feind", sagt der deutsche Chef-Diplomat. Die Gefahr eines neuen Krieges ist wieder groß. Ohne Aussicht, von dieser Regierung gehört oder verstanden zu werden, sagt der russische Botschafter mit Nachdruck:

"Wir sind, ich wiederhole es, dafür, dass der Völkermord an sowjetischen Bürgern während des Großen Vaterländischen Krieges von der deutschen Regierung anerkannt wird. In dieser Angelegenheit haben wir bereits offizielle Eingaben an verschiedene Instanzen, an das deutsche Außenministerium und an den Bundestag gerichtet. Wir werden darauf bestehen."

Der Obelisk hinter dem Botschafter hat den Sowjetstern auf der Spitze: Hier sind 1.389 Bürger der UdSSR begraben. Es ist bekannt, dass die Toten hauptsächlich nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter waren. Insgesamt ruhen in der deutschen Erde bis zu 700.000 sowjetische Bürger.

Auch zwei russische Kriegsüberlebende waren bei der Veranstaltung zugegen. Einer von ihnen, Leonid Berezin, ist 97 Jahre alt, überlebte die Leningrader Blockade. In Berlin leitet er den Verein der Blockade-Überlebenden "Lebendige Erinnerung". In der Blockade habe er viele seiner Familienangehörigen und Bekannten verloren, sagt er. Hier in Berlin sind noch 30 "Blockadniki", die damals Kinder wie er waren. In unserem Gespräch betont Berezin, wofür er und seine Vereinsmitglieder stehen: Frieden, Frieden, Frieden, "die wichtigste Sache der Welt". Und er hofft, dass der Genozid an seinem Volk von der Bundesregierung anerkannt wird.

Allerdings sei das Wissen über die Blockade kaum vorhanden in der deutschen Gesellschaft, insbesondere bei der jüngeren Generation. Viele Leute wissen nicht mal, dass es so eine Stadt gab, beklagt er. Er stellt einen solchen Dialog auf Deutsch nach: "Woher kommen Sie?" "Aus Leningrad." "Wo ist Leningrad?" "Haben Sie noch nie etwas von der Leningrad-Blockade gehört?" "Nein, nein, nein, nein, nein, nein." Deswegen ist unser wichtiges Ziel: "Erklären, sich treffen mit jungen Leuten und erzählen, wie es früher war, damit zukünftig so etwas nicht mehr geschieht".

Gekommen zu der Gedenkaktion ist auch Andreas Kannemann. Mit seiner Friedens- und Freundschaftsinitiative ist er seit dem letzten Jahr in der Gesellschaft für deutsch-russische Freundschaft (GDRF) beheimatet. Er erklärt: "Seit vielen Jahren sind wir aktiv in der Friedenspolitik, wir sind aktiv mit Reisen, auch nach Russland, wo wir auch in Irkutsk sehr aktiv sind. Und wir wollen die Erinnerung an diesen großen Krieg, an den letzten großen Weltkrieg, hochhalten." Er und seine Mitstreiter sähen aber aktuell ähnliche Tendenzen wie damals, es gehe wieder in diese Richtung. "Und darum ist es umso wichtiger, hier Flagge zu zeigen."

In seiner Region, in Oderbruch, sehen das viele ähnlich wie er. Nur aktiv, wie er, sind noch nicht viele. Seine Erinnerungsarbeit ist auch Warnung. "Es ist ja auch unser Wesen, heute hier zu stehen und zu sagen, es ist nicht weit weg. Es hat damals genau so angefangen."

Eine BSW-Delegation aus dem Brandenburger Landtag war auch dabei. In seinem Zuständigkeitsgebiet gebe es viele Denkmäler, die den zahlreichen Opfern gewidmet seien, den Kriegsgefangenen, den Verschleppten aus der Sowjetunion, die hier zu Tode gekommen sind, sagte der Abgeordnete Gunnar Lehmann. "Es ist uns sehr wichtig, diese Erinnerungskultur zu pflegen, zu diesen Denkmälern zu kommen, hier innezuhalten." Für ihn gibt es keinen Zweifel, dass die Wehrmacht mit ihren Verbündeten in der Sowjetunion einen Völkermord begangen hat. Im Verhalten der Bundesregierung sieht er ein

Beispiel für Doppelmoral. "Es fällt den deutschen Politikern offensichtlich sehr leicht, andere Völkermorde anzuerkennen, aber dort, wo man dann selbst mit Reparationsforderungen konfrontiert ist, da fällt es dann sehr schwer."